

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV/48

Bonn, den 11. März 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

---

<u>Seite</u>		<u>Zellen</u>
1 - 2	<u>Realistische Reformen gegen radikale Utopien</u> Von Heinz Kühn, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen	102
3 - 4	<u>Soldaten zwischen Ordnung und Freiheit</u> Die Probleme unserer Gesellschaft spiegeln sich in der Bundeswehr wider Von Werner Buchstaller, MdB	65
5	<u>Rauschgiftbekämpfung in Dänemark</u> An Universitäten und Oberschulen die meisten "Kunden"	35

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute!

Verteidiger der Menschenrechte  
Friedenspolitik im nationalen Interesse  
Keine Rechtspositionen opfern  
LAG-Novelle verbessert  
Um die Finanzierung des Leistungsgesetzes  
Deutschunterricht in Grundschulen einführen

## Realistische Reformen gegen radikale Utopien

Von Heinz Kühn,  
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Landesregierung und Landesparlament von Nordrhein-Westfalen sind gewillt, die demokratische Freiheit unserer Staatsordnung gegen jede Form antiparlamentarischer Freiheitsfeindlichkeit und außerparlamentarischer Gewaltausschreitung zu schützen.

Ich glaube, wenn man dem Problem des Radikalismus nähertritt, muß man dies in unserer historischen Gegenwart unter Zusammenfassung der drei Komplexe tun: Es ist einmal der Komplex der sogenannten außerparlamentarischen Opposition, dessen, was sich vor allen Dingen um gewisse Radikalismen an unseren Hochschulen darstellt, und auf der anderen Seite das, was ich den konventionellen Radikalismus nennen möchte, der sich in DKP und NPD untergliedert.

Daß das Jahr 1968 zum Jahr der Menschenrechte erklärt wurde, ist ein fast makabrer Scherz, wenn man an Vietnam, Biafra, den Massenhaß in den USA, die Sowjetinvasion in Prag, die Ermordung der Brüder Kennedy und Martin Luther Kings denkt. Sind das nicht alles Ereignisse, die unsere Jugend zutiefst durcheinander bringen müssen? Hinzu kommt die gesellschaftliche Entwicklung unserer industriellen Staaten.

### Die "perfekte Gesellschaft"

Man liest, daß um 1980 eine durchrationalisierte Gesellschaft bestehen wird, deren Ordnung, wissenschaftlich gesteuert, so funktioniert, daß die Bewältigung der materiellen Probleme keine Schwierigkeiten mehr bietet und der einzelne der Aufgabe der verantwortlichen Mitgestaltung praktisch enthoben ist, vielleicht auch die Neigung dazu verlieren könnte, da ja sein materielles Wohlbefinden garantiert ist. Dies ist eine Entwicklung, die den Menschen auf seine Funktion in einem System reduziert, ihn zum willenlosen Automaten im Produzieren und Konsumieren macht, zum Menschen der totalen Manipulation, der funktioniert, bei dem selbst die Liebe auf das Funktionieren im Sexuellen reduziert ist. Vor uns steht: Der Mensch, dessen geistiger Horizont - und auch dies ist ein Problem, das diese junge Generation beschäftigt - durch die gleichschaltende Kraft von Massenmedien und Informationsmonopolen genormt zu werden droht, eine Gesellschaft, in der der Computer geradezu nicht mehr ein Werkzeug, sondern ein Idol, ein Symbol einer Entwicklung wird. Und noch mehr: Eine Gesellschaft, die droht, zu etwas zu werden wie eine Mischung aus einem Schlaraffia und Konzentrationslager in der kasernierten Normierung und Vorgeschiedenheit der Lebensgestaltung.

### Fragen - um zuzuhören

Ich glaube, daß hier der Humusboden sichtbar wird, in dem die Entwurzelung vieler unserer jungen Generation zu suchen ist. Die Jugend ist übervoll von kritischen Fragen an uns. Wir erleben es auf den Tagungen der Kirchen, auf den Kongressen der Parteien, in den Diskussionen an den Universitäten. Wir werden auf unsere Glaubwürdigkeit hin gefragt. Das ist gut für uns Ältere, obschon es manchmal unbequem ist; es ist gut für die Jungen, sofern sie wirklich fragen, um zuzuhören. Wir dürfen - so meine ich - froh sein darüber, daß die meisten, wie kritisch und skeptisch es bei ihnen auch immer sein mag,

das tun: Fragen, um zuzuhören, um Antworten zu bekommen. So möchte ich denn die Bewegung in unserer Jugend positiv werten, als einen Prozeß, der nach überzeugenden Glaubwürdigkeiten und sittlichen Begründungen unserer Gesellschaftsordnung und unserer Politik fragt, eine Unruhe, die wir zum Positiven wenden müssen, die nicht zum Rohmaterial der Demagogie einer auf Umsturz orientierten kleinen Minderheit werden darf. Das ist unsere große Aufgabe.

#### Mit Lösungen gegen Gewalt

Es geht darum, die Mehrheit dieser unruhig gewordenen jungen Generation für konstruktive Lösungen bei den notwendigen Reformen, sei es Hochschul- oder Studienreform, sei es Gesellschaftsreform auf anderen Gebieten, zu gewinnen. Auch jene, die und mit dem lateinamerikanischen Revolutions-Don-Quichotte Che Guevara und mit dem asiatischen Nationalkommunisten Ho Tsch Minh entgegentreten, soll man nicht immer in allem so tragisch nehmen. Wir sollten nicht Emotionen mit Emotionen beantworten. Und wenn sie sich uns als fettbäuchige Establishment-Profiteure, so à la George-Grosz-Karikaturen der Kapitalisten in den zwanziger Jahren, darstellen, so sollten wir der Versuchung widerraten, sie ihrerseits als schmutzig-bärtige Gammlertypen - eine Art Mischung aus Rasputin und Schinderhannes - zu charakterisieren, die es auch darunter gibt. Die Hochschule steht im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Hochschulreform und Studienreform sind Aufgaben von besonderer gesellschaftspolitischer Bedeutung, die mit Vorrang bewältigt werden müssen. Die überwiegende Mehrheit der Studenten erwartet diese Reform von uns, während die radikalistische Minderheit der Studenten erhofft, daß diese Hochschulreform noch lange nicht kommt, und zwar sehr einfach deswegen, weil sie die Hochschulkrise als ein revolutionäres Vehikel braucht, um ihre Ideologien und Praktiken der Revolution ins Volk zu tragen, mit Aktionen, die mehr und mehr den Charakter der Gesetzwidrigkeit und der Gewaltmächtigkeit annehmen.

#### Weinerliches Rowdytum

Wir sollten in diesem Zusammenhang nicht übersehen, wie leicht der sich als linksverstehende Radikalismus den rechtsstehenden Faschismus wiederbeleben kann. Der Extremismus der Pseudolinken kann leicht den Ruf nach einer Innenpolitik der Stärke bis zu einem neuen Führer provozieren. Aber wir werden dem Versuch, die Erosion des Staates - und darauf ist ja das Ziel dieser Minderheit gerichtet -, die Zerbröselung seiner Autorität herbeizuführen, mit aller Verantwortung und mit allen gebotenen Mitteln entgegentreten. Die Landesregierung hat nicht die Absicht, einer extremen Minderheit - ob sie sich rechts oder links deklariert - aus einer Haltung zu begegnen, die einst künftige Geschichtsschreiber als einen neuen Akt der Selbstvernichtung der Demokratie durch falsche Toleranz und Schwäche - durch Schwächung des Selbstverteidigungswillens - bezeichnen könnten.

Wir werden dabei stets nach dem sorgfältig bedachten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel verfahren. Die Landesregierung wird die in demokratischer Selbstentscheidung frei errichtete Ordnung weder zerfallen lassen noch sich in der Verteidigung der Freiheit in die Gewalt werfen. Aber wer Gewalt anwendet, darf dann nicht weinerlich vor die Öffentlichkeit treten und sich als pingelig erweisen, wenn er mit der Realität eines Gummiknüttels Bekanntschaft macht. Ein Rowdy ist nicht etwa deshalb weniger ein Rowdy, weil er ein akademischer Rowdy ist! Für jemanden, der glaubt, als Student einer Universität seine Gesinnung mit Gewalttaten und kriminellen Aktionen in die Wirklichkeit umsetzen zu können, ist meines Erachtens an unseren Hochschulen kein Platz.

### Soldaten zwischen Ordnung und Freiheit

Die Probleme unserer Gesellschaft spiegeln sich in  
der Bundeswehr wider

Von Werner Buchstaller, MdB

Die zehnjährige Tätigkeit des Wehrbeauftragten hat der derzeitige Amtsinhaber Hoogen zum Anlaß genommen, den Jahresbericht 1968 dem Parlament und der Öffentlichkeit so frühzeitig und so umfassend wie nie zuvor zu unterbreiten. Ihn zu lesen und sich mit ihm zu befassen kann weit über den Kreis der Wehrexperthen der Bundestagsfraktionen und der verantwortlichen ministeriellen und militärischen Stellen empfohlen werden.

Dieser Bericht ist nicht nur ein Röntgenbild der Bundeswehr. In ihm spiegeln sich die gesellschafts-politischen Vorgänge und Entwicklungstendenzen der letzten Jahre und im besonderen des Jahres 1968 wider, die selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auf die Bundeswehr geblieben sind. Überall und immer mehr werden herkömmliche Formen und Normen in Frage gestellt. Das ist im militärischen Sektor nicht anders wie in allen anderen Bereichen unseres gesellschaftlichen und staatlichen Lebens.

Und doch gibt es einen nicht unbedeutenden Unterschied. Als vor über einem Jahrzehnt die Bundeswehr geschaffen wurde, war das ein Neubeginn. Zu diesem Zeitpunkt waren die Entwicklungen auf den meisten anderen gesellschaftlichen Gebieten, wie zum Beispiel im Bildungs- Ausbildungs- und Schulwesen oder im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit schon hoffnungslos auf alten Gleisen festgefahren. Die Bundeswehr stand von Anfang an unter einem besonderen Zwang. Einbezogen in eine weltweite Verteidigungsallianz und dem demokratischen Staat verpflichtet, hat sie in einer Welt der technischen Revolution und der kriegerischen Massenvernichtungsmittel ihren Auftrag zu erfüllen. An diesem Auftrag und nicht an den Klischees vergangener Zeiten hatte sie sich zu orientieren. Anders als auf anderen Gebieten, wo jetzt

nach Reformen gerufen wird, mußte im militärischen Bereich gleich zu Beginn und sozusagen als Auftakt mit Reformen angefangen werden.

Natürlich war diese Notwendigkeit nicht unbestritten. Manche wandten sich dagegen und viele, die nichts sagten, dachten wie sie. Trotzdem, die Erkenntnis zu dieser Notwendigkeit gewinnt immer breiteren und festeren Boden. Das ist den Ewig-Gestrigen zuviel, den drängenden Reformern zu wenig und nach Ansicht des Wehrbeauftragten eine brauchbare Grundlage zur Festigung der Prinzipien und zur kontinuierlichen Weiterentwicklung und Vervollständigung.

Der Jahresbericht ist aus dieser Sicht ein Beitrag dazu. Er weist auf Rückfälle, Mißstände und Fehlentwicklungen hin, ist um Abstellung von Schwächen bemüht und macht zugleich deutlich, daß der eingeschlagene Weg konsequent gegangen und Schritt um Schritt ausgebaut werden muß. Dabei ist er sich klar darüber, daß dieser Weg nicht ohne Dornen ist. Es müssen dabei sowohl die Kräfte überwunden werden, die ständig Freiheit rufen und in Wirklichkeit Anarchie wollen, als auch jene, die Ordnung sagen und totale Unterordnung meinen. Zu wissen ist auch, daß die militärischen Absolutisten mit dem Marschkompass in die Vergangenheit und die zersetzenden Strategen des "langen Marsches durch die Institutionen" nicht nur an der Bundeswehr nagen, sondern den gesamten demokratischen Staat zerfressen wollen.

Ihnen muß der Boden entzogen werden. Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß sich das mit dem Einsatz der staatlichen Ordnungsmittel allein bewerkstelligen ließe. Nur wenn der Bürger, ob in Zivil oder Uniform, sich gefeit zeigt gegen Zersetzung und Wühlarbeit ist der Bestand unserer Ordnung auf Dauer gesichert.

Darum legt der Wehrbeauftragte so großen Wert darauf, daß der Soldat voll integriert ist in die freiheitlich-rechtsstaatliche Lebensordnung und er damit seine Bereitschaft, unser Volk und unseren Staat zu verteidigen nicht ausschließlich vom Pflichtbewußtsein und dem militärischen Gehorsam, sondern von der Bejahung dieses Staates und seiner Ordnungs- und Gesellschaftsprinzipien ableitet. Dazu hat nicht nur der Soldat, sondern auch der Staat seine Leistung zu erbringen. Das schließt die staatliche Fürsorge und Betreuung für die Wehrpflichtigen und die Zeit- und Berufssoldaten und einen militärischen Führungsstil nach den Prinzipien der "Inneren Führung", in dem das rechte Maß zwischen dem Ordnungsanspruch der Streitkräfte und dem Freiheitsraum des Soldaten gefunden ist, mit ein.

### Rauschgiftbekämpfung in Dänemark

An Universitäten und Oberschulen die meisten "Kunden"

al - Die dänische Regierung und der Reichstag in Kopenhagen haben die Marschroute für die Rauschgiftbekämpfung, vor allem den Mißbrauch von Haschisch, nunmehr festgelegt: Gegen die Händler wird scharf vorgegangen. Gegen die jugendlichen Verbraucher wird ein humanes Erziehungsprogramm angewendet.

Im letzten Jahr nahm der Mißbrauch von Haschisch in Dänemark ständig zu. Universitäten und Oberschulen waren Hauptabnahmegebiet. Es galt bei vielen Jugendlichen als Form des Protestes, Haschisch zu rauchen. 1965 gab es in ganz Dänemark nur 83 Anzeigen wegen Vergehen gegen das Rauschgiftgesetz. 1968 wurden 2.081 Fälle registriert. Dabei zeigte sich immer deutlicher, daß Kopenhagen auch die Durchgangsstation für internationale Schmugglerringe geworden war.

Der dänische Justizminister hat dem Reichstag in Kopenhagen nun ein Gesetz vorgelegt, daß sich gegen die Haschisch-Händler wendet. Zweifellos wird das Parlament zustimmen. Dann können die Händler bis zu sechs Jahre ins Gefängnis gesteckt werden, während das bisher nur bis zu zwei Jahren möglich war. Der sozialdemokratische Sozialbürgermeister von Groß-Kopenhagen, Børge H. J e n s e n , ist mit einem Plan an die Öffentlichkeit getreten, wie man die jungen Leute vom Haschischgebrauch abbringen kann. Der Reichstag in Kopenhagen ist bei den Budget-Beratungen seiner Vorstellungen gefolgt. 43 Millionen Dänekronen stehen in diesem Jahr für ein Sozialprogramm zur Verfügung.

Man handhabt es nach dem Grundsatz, der eine "moralische Verdammnis" ausschließt. Es gibt aber eine humane Hilfe der Gemeinschaft. So wird Dänemark mit einem Netz von Versammlungsstätten für junge Leute durchzogen. Ferner sind schon Spezialkurse für Lehrer und Dozenten angelaufen. Ihnen wird gesagt, wie man den jungen Menschen klar macht, was Haschisch-Mißbrauch für sie bedeutet. Junge Leute, die schon zu stark dem Rauschgift verfallen sind, werden nunmehr auch eine umfassende medizinische Hilfe erhalten. In den Krankenhäusern werden mehr Plätze geschaffen und mehr Pfleger angestellt. Das dient dazu, die jungen Leute von der Haschisch-Sucht abzubringen. Wenn sie entwöhnt worden sind, wird es für sie Helfer geben, die sie in die Gemeinschaft derer einführen, die sich in den neuen Versammlungsstätten treffen.